

Erscheint
jeden Mittwoch u. Sonn-
abend. Bestellungen wer-
den angenommen bei al-
len Postämtern des In-
und Auslandes sowie bei
der Expedition dieses
Blattes (F. E. Wagener.)

Die Wage.

Preis bei den Fürstl.
Lehnen u. Landischen Post-
ämtern 17 Sgl. 6 Pf.
vierteljährlich.
Anzeigen werden berech-
net: unter 5 Zeilen mit
2 1/2 gr. 6 S. von 5—10 Zeilen
5 1/2 gr. über 10 Zeilen à 6 S.

Zeitschrift zur Besprechung der Angelegenheiten des Volkes.

Redakteure: Karl Vette und Carl Volckhausen in Detmold,
Eustav Adolf Wolff in Lemgo.

* Tagesereignisse.

In Hildesheim ist die Ruhe bedeutend ge-
stört worden, in diesem Augenblicke aber schon wie-
der hergestellt. Die Veranlassung zum Aufstande war
folgende: Ein Hildesheimer Advocat Namens Wein-
hagen, welcher von Hildesheim nach Hannover ge-
sandt war, um dort die Volkswünsche zur Erfüllung
bringen zu helfen, war verhaftet worden, weil die
bestimmtesten Beweise dafür vorhanden seien, daß er
Aufruhr und Plünderung habe hervorrufen
wollen, und daß er zu diesem Zwecke schon lange im
Stillen das Volk aufgewiegelt habe. Als die Hil-
desheimer von dieser in Hannover vorgenommenen
Verhaftung Weinhagens erfuhren, wurden sie
wild, zuerst bewirkten sie freilich eine Zurücknahme
des Verhaftungsbefehls, als derselbe aber schon nach
einer Stunde erneuert wurde, ließen sie sich nicht
mehr halten. Sie nahmen die höchsten königlichen
Beamten in Hildesheim, z. B. den Landdrosten, den
Sanzleidirector, gefangen, schleppten sie in Wein-
hagens Haus, und drohten an ihnen die blutigste Rache
zu nehmen, falls Weinhagen nur ein Haar ge-
krümmt würde. Als es hieß, daß von Hannover
Militär anrückte, verbarrikadirten sie ihre Stadt an
allen Ecken und beschloßen, sich bis aufs äußerste zu
vertheidigen. — Mittlerweile kam aber wirklich das
Militär, und es war nahe daran, daß es auch in
Hildesheim, wie an so vielen andern Orten zum ver-
zweifelten Kampfe zwischen Bürgern und Soldaten
gekommen wäre. Die Hildesheimer besannen sich
aber glücklicher Weise noch zu rechter Zeit. Einmal
sahen sie ein, daß die Soldaten ihnen zu mächtig
seien, und daß sie im Falle eines Kampfes sicherlich
den Kürzeren ziehen müßten, dann aber leuchtete es
ihnen auch wohl ein, daß sie das Ende der gegen
Weinhagen eingeleiteten Untersuchung abwarten
müßten, bevor sie die Behörden einer Ungerechtigkeit
bezüchtigen könnten. Sie gaben also nach, die Sol-
daten zogen in die Stadt, und die Ruhe war wieder
hergestellt. Jetzt ist aber aus Hildesheim zur Strafe
die Justizkanzlei und die Landdrostei weggenommen
worden. —

In Baden ist es denn jetzt auch leider zum
Kampfe gekommen zwischen den Republicanern und
dem Militär. Der Oberbefehlshaber des Letztern,
General v. Gagern, welcher noch kurz vor dem
Beginne des Kampfes mit Hecker — bekanntlich

dem Führer der Republicaner — unterhandelt hatte
fiel gleich bei den ersten Schüssen tödlich getroffen vom
Pferde. Der Kampf wurde danach allgemein, doch
mußten sich die Republicaner schließlich zurückziehen.
Das Militär war ihnen zu stark, denn die Verkün-
digung der Republik von Seiten Heckers und
Struves hatte so wenig Anklang gefunden, daß
nicht viel mehr als tausend Mann Heckers Auf-
ruf gefolgt sein sollen. Um Hecker ist es schade!
Er ist einer der edelsten Männer, der ausgezeichnetste
Redner, selbstständig und muthig, so daß er keinen
fürchtet, auch den Mächtigsten nicht, — es ist schade,
daß er sich durch seinen Feuereifer zu solch unüber-
legtem Handeln hat hinreißen lassen. Für die nächste
Zeit ist er für uns verloren, und Männer von seinen
ausgezeichneten Fähigkeiten thun uns sehr noth; er
wird schwer zu ersetzen sein. Fängt man ihn, so
wird man ihn wol fest genug halten. —

[†] Ein politisches Glaubensbekenntniß.

Es ist mir in diesen Tagen von verschiedenen Seiten
die Ehre widerfahren, unter den Candidaten genannt zu
werden, welche das Lippische Volk für die im Mai d. J. in
Frankfurt a. M. zusammentretende constituirende National-
versammlung ins Auge gefaßt habe.

So wenig ich mir nun auch schmeicheln kann, dem Lippi-
schen Volke im weiteren Sinne des Wortes bekannt zu
sein, da der Kreis meiner amtlichen Wirksamkeit sich mehr
auf die sogenannten »gebildeten Stände« bezieht, und
der Kreis meiner persönlichen Bekanntschaften sich außerhalb
Detmold nicht sehr weit, nämlich nicht über einige Duzende,
meist in den Städten des Landes zerstreut wohnender Freunde,
ehemaliger Schüler und sonstiger Bekannten erstreckt, so
halte ich es unter den obwaltenden Umständen dennoch für
angemessen, ohne Scheu und Rückhalt folgende Erklärung
abzugeben:

Obwohl ich es unbedingt für Pflicht halten würde,
eine für die Versammlung der Volksabgeordneten in Frank-
furt etwa auf mich fallende Wahl anzunehmen, und obwohl
ich für solchen Fall eine Urlaubsverweigerung von Seiten
meiner vorgesetzten Behörden nicht glaube befürchten zu
dürfen, so würde ich doch jede Verpflichtung, für eine
bestimmte Person als Oberhaupt des künftigen deut-
schen Bundesstaats oder für eine bestimmte Form der
Verfassung und Regierung desselben thätig zu sein, eben so
entschieden ablehnen müssen.

Wem unter den in diesen Tagen ernannten oder noch
zu ernennenden Wahlmännern daher etwa der König von
Preußen als Oberhaupt des künftigen Deutschlands die ein-
zige zur Erhaltung der deutschen Einigkeit und Einheit
vorhandene Möglichkeit in sich zu schließen scheint, und wer
demnach einen Abgeordneten unseres Landes in Frankfurt
zu sehn wünscht, der sich diesem gleichsam im voraus zuge-
schworen habe, der gebe nicht mir seine Stimme.

Denn ich sehe zwar eben so gut wie ein Anderer ein, daß wir der Kraft und Wehrhaftigkeit Preußens in diesem Augenblick weniger als jemals entbehren können, und der König von Preußen erscheint mir aus diesem Grunde, wenn überhaupt ein regierender Fürst an der Spitze des neuen Deutschlands gesetzt wird, so ziemlich als der einzig mögliche Candidat. Ob aber einen regierenden Fürsten an die Spitze des neuen Deutschlands zu stellen, zweckmäßig oder unzweckmäßig sei, darüber wird ein zuverlässiges Urtheil nicht jetzt gefällt werden können, sondern erst in einigen Monaten, wenn die Ansichten in der constituirenden Nationalversammlung sich deutlich gesondert haben, und die Stärke und Schwäche der Parteien offenbar geworden ist. Erst dann läßt sich der Gesamtwille und das Gesamtbedürfnis des deutschen Volks erkennen.

Was mich für meine Person betrifft, so erachte ich für die einzige Verpflichtung eines Deutschen Volksabgeordneten zur constituirenden Nationalversammlung:

für diejenigen Verfassungsformen zu wirken, die seiner wohlwollenden Meinung und aufrichtigen Ueberzeugung nach am geeignetsten sind, Deutschland einig und frei zu machen und zu erhalten.

Daß dies unter den gegenwärtigen Umständen nicht die Formen einer einheitlichen Republik, wie die neue französische, eben so wenig die einer föderativen Republik, wie die nordamerikanische ist, sein können, diese Erkenntnis ist durch die neuesten Ereignisse so alltäglich geworden, daß ein Mann, dem auch nur einige Einsicht und einiger Charakter zugetraut wird, gegen den abgeschmackten Verdacht eines so unreifen und grünen Republikanismus wie er gegenwärtig z. B. in Baden im Schwange geht, sich zu vertheidigen hoffentlich nicht nöthig haben wird.

Dies ist mein politisches Glaubensbekenntnis in Bezug auf die vorliegende Frage. Ich hoffe, daß mir Niemand dessen Ablegung als Anmaßung auslegen wird, da sie vielmehr nur die einfache Erfüllung einer Pflicht der Wahrheit und Aufrichtigkeit und durch wiederholt an mich ergangene Zumuthungen mir gewissermaßen abgedrungen ist. Wen es übrigens interessiert, auch meine Vermuthungen über die künftige Gestaltung Deutschlands kennen zu lernen, den verweise ich auf den über diesen Gegenstand so eben in den vaterländischen Blättern erschienenen Aufsatz.

Detmold, am 21. April 1848.

Schierenberg.

2 Nicht Vertrauen sondern Mißtrauen.

Die Partei, welche früher jeder Reform in den Weg trat, die allenfalls in Kleinigkeiten nachgab, sonst aber mit krankhafter Angstlichkeit in Hauptsachen an dem einmal Daseienden festhielt, diese Partei hatte für einen Augenblick, den Kopf verloren, die ganze Bewegung war ihr zu unermüdet, zu plötzlich gekommen. Sie hat sich jetzt in Etwas wieder erholt, sie erhebt überall in Deutschland wieder ihr Haupt, hier tritt sie offen auf, dort sucht sie heimlich den Boden zu unterwühlen, um das alte Regierungssystem wieder zur Herrschaft zu bringen.

So lange diese Partei offen auftritt, bringt sie uns weniger Gefahr, das Verderbliche liegt in der Heimlichkeit. Sie hat in unserm Lande schon eine große Thätigkeit entfaltet bei der Wahl der Wahlmänner des nach Frankfurt zu sendenden Vertreters; ihre Thätigkeit ist namentlich auf dem Lande theilweise mit Erfolg gekrönt worden. Wir wollen später, wenn es uns nöthig scheint, darüber berichten, wie die Wahlen vorgenommen sind, und was ihnen vorher gegangen ist. Jetzt sucht man auch die Wahlmänner zu bestimmen. Es werden uns Dinge erzählt, denen wir jetzt noch nicht gut Glauben schenken können. Unser Warnungsruf kommt in dieser Beziehung wahrscheinlich zu spät, aber es sind später für unsern neuen lipp. Landtag Volksvertreter zu wählen, darum noch einige Worte der Warnung.

Eingefleischte Aristokraten sind gegen den Bürger und Landmann, den sie früher nur über die Achsel ansahen, plötzlich ganz freundlich geworden, sie gehen in die Krüge, setzen sich zu den Landleuten, sie geben vor, es gut mit dem Volke zu meinen, sie erlassen den Aermern eine Schuld —

Lipper nehmt euch vor diesen Leuten in Acht, sie scheinen es äußerlich gut mit euch zu meinen, aber sie wollen euch unter die alte Vormundschaft zurück bringen.

Wir haben noch längst nicht Alles erreicht, was uns nöthig ist, wollen wir es aber erreichen, so muß heute unser Grundsatz nicht Vertrauen, sondern Mißtrauen heißen — Mißtrauen gegen alle diejenigen, welche früher zu dem alten Systeme hielten, widersprachen sie auch in Kleinigkeiten. Mißtrauen gegen alle diejenigen, welche plötzlich anders geworden sind, sie meinen es nicht ehrlich. Sie suchen euch zu gewinnen, damit ihr ihnen nächsten eure Stimme gebt bei der Wahl unserer Volksvertreter. Landleute, wählt nicht diese Aristokraten, nicht die Männer des alten Systems — sonst kommt das Vaterland in Gefahr!

+++ Ueber die dem Landtage gemachten Vorlagen der Regierung.

So dankbar es auch anerkannt werden muß, daß unser Fürst kürzlich den billigen und gerechten Wünschen der Lipper bereitwillig und gern entsprochen hat, so sehr ist es doch zu beklagen, daß die Regierung das Geschenk des Fürsten zu verkümmern sucht und noch immer ein System festhält, das in dem ganzen deutschen Vaterlande, ja fast in ganz Europa, nicht zu Grabe getragen, doch in den letzten Tagen liegt, einem morschen Systeme, dem auch der größte Diplomat keine Geltung mehr verschaffen kann, wäre es ihm auch früher gelungen, sich die Volksgunst zu erwerben. Wer dem Gange der Bewegung in unserm engern Vaterlande gefolgt ist, wird eine solche reactionäre Richtung wohl nicht verkennen.

Der Detmolder Magistrat und die Stadtverordneten hatten in Uebereinstimmung mit der ganzen Bürgerschaft und einem großen Theile der lippischen Bevölkerung am 7. März d. J. den durchlauchtigen Fürsten um **unbedingte** Pressefreiheit gebeten, und diese ist durch höchsten Erlass vom 8. März auch unbeschränkt gewährt worden. Demungeachtet legte die Regierung den Ständen einen dickleibigen Pressegesetz-Entwurf vor, welcher in seinen 86 Paragraphen die Freiheit der Presse durch Cautionen, durch polizeiliche Präventivmaßregeln und andre harte Bestimmungen vielfach beschränkt. Der Regierungskommissär Geh. Justizkanzleirath Petri, hat dieses Pressegesetz als äußerst freisinnig vertheidigt, und sich darauf berufen, daß dasselbe in Baden verfaßt worden sei, welches Land doch den liberalsten Grundsätzen huldige; daß es in Deutschland nur zwei Richtungen gebe, die freiere, durch welche Baden sich auszeichne, und die weniger freie, welche Preußen befolge. Unfre Regierung welche wahrhaft constitutionell sein wolle, habe deshalb auch das badische Pressegesetz gewählt, und sei er, der Regierungskommissär, überzeugt, daß dasselbe gar bald von allen deutschen Staaten angenommen werde. Freilich verdankt dieses Gesetz dem freisinnigen Baden seinen Ursprung, allein es darf nicht unbeachtet bleiben, daß es im Jahre 1831 verfaßt wurde, zwischen welcher Zeit und der jetzigen eine ungeheure Kluft liegt. Unter den damaligen traurigen Verhältnissen, bei der damaligen Allmacht des Bundestages und dem Bestehen der Karlsbader Beschlüsse, welche jedes freie Wort unterdrückten und das edle deutsche Volk zu einer willenlosen Herde herabwürdigten, unter solchen Verhältnissen mußten die Badenser froh sein, ein solches Pressegesetz zu erhalten. Daß sie dieses, dem jetzigen Zeitgeiste unangemessene Gesetz zu Anfange vorigen Monats wieder in Wirksamkeit setzten, hat darin seinen Grund, daß damals die Presse vom Bundestage noch nicht freigegeben und noch in keinem andern Theile des deutschen Vaterlandes von ihren Fesseln erlöst war, daß man damals erst angefangen hatte, der goldenen Freiheit mit Nachdruck Geltung zu verschaffen, und daß damals bei dem mächtigen Drang der so rasch auf einander folgenden Ereignisse keine Zeit zur Abfassung eines neuen Pressegesetzes vorhanden war. Der Unterschied zwischen Anfang und Ende März ist bei der Vorlage unseres Pressegesetzes ganz übersehen worden.

Auch die prophetische Bemerkung, daß badische Gesetz werde gar bald von allen deutschen Staaten angenommen werden, hat sich bis jetzt gottlob nicht bewährt, vielmehr

Statt solcher einfachen, völlig ausreichenden Bestimmungen sollen wir uns eines die Freiheit der Presse indirect vielfach beschränkenden Gesetzes mit seinen 86 Paragraphen erfreuen, welche eine passende Beilage zu dem Wust unsres bürgerlichen Rechts bildet. Wenn es wahr ist, was der Regierungscommisär in der Ständerversammlung seltsamerweise bemerkte, daß die Ablehnung dieses Gesetzes für ein Mißtrauens-Votum gegen die Regierung gehalten werde, oder wie er sich wörtlich ausdrückte, daß daraus folge, daß der Fürst schlecht berathen sei, so würde das Resultat der Abstimmung wenig Vertrauen erwecken, indem die Majorität von nur einer einzigen Stimme, selbst wenn sie, was von Vielen bezweifelt wird, vorhanden gewesen sein sollte, einer Niederlage so ziemlich gleich kommt.

Auch die durch den höchsten Erlass vom 8. März d. J. und die Proclamation vom 9. März ganz allgemein und unbeschränkt bereits anerkannte entscheidende Stimme der Stände bei der Gesetzgebung sollte in dem dieserhalb vorgelegten Gesetz-Entwurf beschränkt werden, indem darin eine solche entscheidende Mitwirkung, welche von den Ständen schon von Alters her verlangt, von der Regierung aber beharrlich freitig gemacht wurde, nur in Bezug auf Gesetze sich erstrecken soll, welche die persönliche Freiheit, die Sicherheit oder das Eigenthum der Staatsangehörigen betreffen. Warum ließ man es nicht bei der vom Hirsien ganz unbeschränkt abgegebenen Erklärung bewenden, über deren Sinn gar kein Zweifel obwaltet. Die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs könnten wieder zu Streitigkeiten Veranlassung geben, indem es sehr leicht zweifelhaft werden kann, welche Gesetze unter jene Kategorie gehören. Die früheren Verhandlungen über das Mitwirkungsrecht der Stände bezeugen dieses und zeigen zugleich, wenn ein solcher Zweifel zum Nachtheil gereicht. Alle auch noch so sehr begründeten Protestationen der Stände vermochten nichts dagegen, sie wurden mit allgemeinen Redensarten auf die empörendste Weise zurückgewiesen. Aber nicht nur wirkliche oder vermeintliche Zweifel können über den Sinn des beabsichtigten Gesetzes entstehen, sondern es würden hiernach sehr wichtige Gegenstände der entscheidenden Mitwirkung der Stände ganz und gar entzogen sein. Wir wollen hier nur beispielsweise hervorheben, die Polizeigesetze und die Verfügungen, welche das Militär-, Kirchen- und Schulwesen betreffen. Auch die jüngst einkseitig von der Regierung erlassene Verordnung ist hier nicht unerwähnt zu lassen, laut welcher nämlich, um Stempel-Defraudationen unmöglich zu machen, der Verkauf von Spielkarten für ein Monopol des Strafverhauses erklärt wird. Wer bürgt uns dafür, daß mit eben demselben Rechte nicht auch der Handel mit anderen wichtigeren Artikeln z. B. mit Kaffee, Zucker oder andern der Steuer unterworfenen Waaren, dem Staate oder irgend einer Anstalt ausschließlich zugewiesen wird, um dem Einschwärzen solcher Artikel vorzubeugen?

(Fortsetzung folgt.)

X Detmold, den 20. April. Heute haben auch hier die Wahlen der von Detmold zu stellenden 8 Wahlmänner stattgefunden. Wahlmänner wurden:

- | | | |
|----|----------------------|------------------|
| 1) | Particulier Ebert | mit 377 Stimmen, |
| 2) | Prof. Schierenberg | « 360 « |
| 3) | Ganzleirath Althof | « 303 « |
| 4) | Schuhmacher H. Grote | « 286 « |
| 5) | Burgem. Meyer | « 284 « |
| 6) | Dr. Werth | « 251 « |
| 7) | Prof. Hermann | « 243 « |
| 8) | Schmidt Wismann | « 216 « |

Das sind lauter ehrenwerthe, durchweg in hohem Grade achtbare Männer, aber der Mehrtheil nach gar nicht so entschiedener Farbe, wie sie die jetzige Zeit, wie sie das Volk verlangt. Einige sogar Männer der schwankenden Mitte. Nur zwei machen davon eine unbedingte Ausnahme: Professor Schierenberg und der Canzleirath Althoff. Wir freuen uns, daß sie die Wahl getroffen hat, um so mehr, da man von ihnen vielleicht allein unter sämmtlichen 8 Wahlmännern mit Bestimmtheit behaupten kann, daß sie in Folge freier Ueberzeugung, daß sie vom Volke gewählt seien. Die Uebrigen sind eigentlich von einigen wenigen gewählt worden, welche gegen Schierenberg und Althoff, gegen die radicale Partei hier in Detmold direct machinirt haben. Es haben die herrlichsten Wahlumtriebe stattgefunden, wie man sie sonst wohl nur in England antreffen konnte. Nachdem vorgestern schon die nöthigen vorbereitenden, mündlichen Einwirkungen auf die Bewohner Detmold's ausgeübt waren, wurden gestern unzählige gedruckte Wahlzettel im Publikum verbreitet. Diese fanden reißenden Abgang, namentlich unter den sogenannten »Honoratioren«, unter der Classe vorzüglich der höheren Beamten, von welchen Letztern heute Einige — namentlich soll dieß bei einigen Mitgliedern Fürstl. Rentkammer der Fall gewesen sein — die gedruckten, von ihnen nur mit ihrer Namensunterschrift versehenen, Zettel selbst einreichten. Sehr Viele hatten diese wörtlich, bisweilen bloß mit veränderter Reihenfolge der Namen, abgeschrieben. Nur der eigentliche Bürgerstand, das ist zu dessen Lob zu erwähnen, hatte nicht auf sich einwirken lassen, sondern meist selbstständig und, ohne auf die Einflüsterungen dritter zu hören, gewählt.

Die Männer der Unentschiedenheit, des Schwankens haben nun gezeigt, daß sie etwas vermögen. Ja, sie vermögen etwas — in Wahlumtrieben! Und doch hat, wenn jene auch für den Augenblick in der Mehrheit sind, die »practische Partei« einen moralischen Sieg über sie errungen. Die »Radicalen« werden stets solche Mittel zur Erreichung von Partei-Abzichten verschmähen. Sie werden zwar frei und offen, wie bereits geschehn, ihre Candidaten bei der jetzigen Wahl eines Vertreters des Volkes in Frankfurt, wie bei den zukünftigen Landtagswahlen aufstellen und empfehlen. Aber sie werden nicht auf die Schlafmützigkeit der Menschen speculiren, nicht unter dem Schein, als ob diesen die Dual des Wahls erleichtert, ein für sie äußerst heilsamens Kopfzerbrechen erspart werden solle, den wahren Zweck, Leute ihrer Farbe durch die Wahl zu bringen, verbergen. Ganz anders wäre es erschienen, wenn man eine größere Anzahl von Personen vorgeschlagen und den Leuten die Wahl gelassen hätte. Aber nein! Nur grade acht werden benannt, und unter ihnen die angeblichen Verfasser der Wahlzettel selbst. Ein derartiges Verfahren wurde selbst von den zu Wahlmännern Vorgeschlagenen mit scharfen Worten gerügt.

Der etwaige practische Erfolg der gepflanzten Wahluntriebe kommt nicht in Betracht. Denn sollte auch die Aufstellung eines weniger entschiedenen Mannes als Candidat beabsichtigt worden sein: so wird dieser Zweck sicherlich nicht errötht werden. Die Wahlen in den übrigen Städten und Dörfern des Landes sind, wo sie schon vorgenommen worden, wie uns berichtet wird, durchweg im Sinne des Volkes ausgefallen. Letzteres wird in der Versammlung der Wahlmänner entschieden die Majorität haben und schon denjenigen, welcher ihm als der würdigste Vorkämpfer für die jetzt zu begründende Souveränität des Volkes erscheint, durchbringen.

Wenn endlich die Anfertiger der Wahlzettel dadurch, daß sie sich selbst zu Wahlmännern gewählt haben, beweisen zu können glauben, daß sie das Vertrauen des Volkes besäßen, so sind sie bedeutend im Irrthum. Die öffentliche Meinung hat schon gerichtet; sie haben durch ihr Verfahren neues Mißtrauen gegen sich rege gemacht.

Bega, d. 24 April. Ihr Berichterflatter in der Beilage zu **N^o 9** der **Wage** hat in Betreff der Wahlangelegenheit zu **Uverdißsen**, in so weit meine Person dabei theilhaftig gewesen sein soll, sich einige Entstellungen der Wahrheit zu Schulden kommen lassen, welche ich nicht ungerügt lassen kann.

Meine Thätigkeit bei der Wahl hat sich darauf beschränkt, die mich umstehenden Wähler darauf aufmerksam zu machen, wie es vor Allen darauf ankommt, daß Jeder nach seiner eigenen Ueberlegung abstimme und seine Stimme gefinnungstüchtigen Männern gebe, welche die jetzigen Verhältnisse zu würdigen verstanden. Ich selbst habe meine Wahlstimme Keinem der in jenem Artikel genannten Herren gegeben, wie das Protokoll ausweist.

H. A. Haase.

Ueberdissen, den 23. April. Die Unterzeichneten, welche bei der hier vorgenommenen Wahl der Wahlmänner zum Zweck der Wahl eines Deputirten zum deutschen Parlament gegenwärtig gewesen sind, halten sich verpflichtet, zur Steuer der Wahrheit zu erklären: daß der Artikel in **N 9** der »Wage«, die genannte Wahl betreffend: eine schamlose Lüge enthält.

Deppe, Mönnig, Schmidt Humke in Bega, Meier Arend, jun. in Sibbentrup, Strate zum Teut, v. Kertsenbrok.

Entgegnung.

In **N 8** dieses Blattes ist von mehreren ungenannten Einwohnern hiesiger Bruchstraße über die schlechte Beschaffenheit des Straßenpflasters öffentlich Beschwerde geführt. Wir fühlen uns veranlaßt darauf Folgendes zu erwidern. Es ist eine Unwahrheit daß schon mehrfach Klagen deshalb beim Magistrat angebracht sind, nur im November v. J. ist eine von mehreren Einwohnern hiesiger Bruchstraße rubricirte Vorstellung bei uns übergeben, in welcher vorzüglich auf die Reinhaltung der Bruchstraße aufmerksam gemacht, nebenbei aber auch der schlechten Beschaffenheit des Pflasters erwähnt wird. Eine schriftliche Resolution konnten die Bittsteller deren Namen in jener Vorstellung nicht angegeben waren, nicht erwarten, wohl aber ist den

Polizeidienern die nöthige Weisung geworden darauf zu achten, daß die Straße stets rein erhalten und die Passage nicht gehemmt werde.

Die ungenannten Beschwerdeführer würden besser gethan haben statt mit leeren Rasonnements öffentlich aufzutreten, sich aus dem durch den Druck bekanntgemachten Veranschlag p. 1848 zu belehren, daß für die Instandsetzung der Bruchstraße eine namhafte Summe ausgeworfen oder sich bei dem Magistrat oder den Stadtverordneten zu erkundigen, wie weit die Angelegenheit gediehen sei. Sie würden denn sicher die befriedigende Antwort erhalten haben, daß in mehreren Sitzungen auch über die Ausführung der Erneuerung des Straßenpflasters mit anzulegenden Kanälen berathen und beschlossen sei, auch mit den Bewohnern der Bruchstraße über die Anlage eines Trottoirs conferirt werden und die Sache baldigst zur Ausführung kommen solle.

Detmold, den 21. April 1848.

Von Magistratswegen.

Meyer.

Zur Wahl eines Abgeordneten für die Nationalversammlung.

Mit dem Unterzeichneten haben viele Wahlmänner bedauert, daß der Herr Prof. Schierenberg über seinen Antheil an den Verhandlungen in Frankfurt nichts Näheres in einem unserer Blätter mitgetheilt hat. Nicht bloß eines politischen Glaubensbekenntnisses bedarf es für die Wahlmänner, es sind eben so sehr die bisherigen Handlungen, aus denen der politische Charakter hervorgeht, zu berücksichtigen. Hoffentlich wird eine befriedigende Darstellung der Verhandlungen und der Abstimmung durch Schrift oder Rede vor oder bei dem Wahltermine nicht fehlen.

Blomberg den 22. April 1848.

Dr. Theopold.

Anzeigen.

Von einer der größten Fabriken Deutschlands erhielt ich ein Lager von Schreibfedern, welche ich en gros zum Fabrikpreis verkaufen kann, und offerire solche hiermit per 100 Stück zu 7 Sgr. bis 25 Sgr. Im Einzelnen etwas theurer.

Zugleich empfehle mein Lager von feinen Bleisfedern zum Zeichnen.

D. W. Stamm in Detmold.

Es hat sich hier ein Verein gebildet, welcher der albernen Mode, beim Grüßen den Hut oder die Mütze abzunehmen, nicht länger mehr Folge leisten will. Als Begrüßung hat derselbe das deutsche »Guten Tag!« — oder das Berühren der Kopfbedeckung eingeführt und er bittet diesem Beschlusse durch die That nachzukommen. Die geehrten Damen aber werden freundlichst ersucht, das Nichtabnehmen der Kopfbedeckung nicht als Unhöflichkeit auszulegen.

Detmold, d. 22. Apr. 1848.

Lemgo. Vier Scheffelsaat Land zum Kartoffelpflanzen können unbemittelten Bewohnern Lemgos in kleinen Theilen unentgeltlich überlassen werden. Nähere Auskunft ertheilt H. Schacht, Drechsler.

Lemgo. Cocarden schwarz-roth-gold, sind bei mir das Stück zu 6 Pf. zu haben.

Maranka, Zinngießer.

Um Mißverständnissen vorzubeugen!

Das Stadtverordneten-Collegium zu Lemgo ist zu einem Rumpf-Parlament eingeschrumpft. Dieser Rumpf — die Seele ist weg! — glaubt das Vertrauen der Bürger noch zu besitzen. Wir bemerken aber, daß besagter Rumpf dieses Vertrauen nicht mehr besitzt.

Die diesen Rumpf bildenden Theile sind: Dr. Glömen, Conrektor Schnitger, Rocholl, Assessor Overbeck, Chr. Brinkhof, Zimmermeister Thoke, Accise-Conroleur Brandes, L. Thaler.

Lemgo, am Oster-Sonntage 1848.

Viele Bürger.

Aufruf an die lippischen Wahlmänner.

Von vielen Wahlmännern dazu aufgefordert, richtet die Redaction an alle bis jetzt gewählten lippischen Wahlmänner die dringende Bitte, am Sonnabend, den 29. d. M. Nachmittags 4 Uhr, sich in Lemgo im Gasthause des Herrn Hurxol zu einer Berathung einzufinden, damit wo möglich eine Einigung über den von Lippe nach Frankfurt zu sendenden Deputirten erreicht werde. Sehr zu wünschen wäre es, daß aus jedem einzelnen Wahlbezirk einige Wahlmänner diesem Aufrufe Folge leisteten.

Die Redaction.

Expedition und Druck von F. L. Wagener in Lemgo.